Zur Geschichte des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West: Das Stricken an deren „linker Opposition“ (1948-1953)

Ulla Plener

In der umfangreichen Literatur über die sowjetische und SED-Deutschlandpolitik ist der Umgang der SED-Führung mit der SPD der Westzonen bzw. der BRD in den Jahren 1948-1953 bisher kaum thematisiert, allenfalls nur gestreift worden.[1] Im folgenden soll es um einen Ausschnitt dieses Themas gehen: die Anstrengungen der SED-Spitze, die in der SPD stets vorhandene linke Opposition zu fördern, möglichst zu organisieren und für die eigene Politik zu instrumentalisieren. Das soll hier chronologisch anhand der Protokollniederschriften von Tagungen der SED-Führungsgremien - ihres Parteivorstands (PV, ab Juli 1950 Zentralkomitee/ZK) und dessen Zentralsekretariats (ZS, ab Januar 1949 Politbüro/PB) - dokumentiert werden.[2]
Nachdem die Bemühungen der SED-Spitze um eine gesamtdeutsche (Mai 1946 - März 1948) oder wenigstens westdeutsche (April - Juli 1948) Einheitspartei (SED) nicht zuletzt, wenn auch bei weitem nicht nur, aufgrund der Verbote westlicher Besatzungsmächte und des Widerstands der SPD-Führung gescheitert waren, gestaltete sie seit Herbst 1948 ihre Beziehungen zur SPD im Westen nach dem Komintern-Konzept des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Wege der Aktionseinheit, d. h. des angestrebten gemeinsamen Handelns von Kommunisten und Sozialdemokraten, um deren Ziele gegenüber Unternehmern und/oder Regierungspolitik durchzusetzen.[3] Es handelte sich dabei um einen „Zwei-Fronten-Kampf“: den

---

1 Siehe Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961, Berlin 1999; Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit und Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1999; Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln 2001; Reinhard Hübsch (Hrsg.): „Hört die Signale!“ Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945-1970, Berlin 2002. Auch die Arbeiten, in denen die SED- und KPD-Politik in den Jahren 1945-1948/1949 behandelt wurde, streiften nur den Umgang der SED mit der West-SPD. Siehe Udo Vorholt/Volker Zaib: Zur Deutschlandpolitik der SED in den Jahren 1947/48. Die SED-Gründungskomitees in der britischen Besatzungszone, in: Deutschlandarchiv, 1995, H. 12, S.1279-1291. Lediglich Ulrich Hauth befaßte sich direkt mit dem angesprochenen Thema. Siehe Ulrich Hauth: Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie (1945-1948), Frankfurt/M. 1978.
2 Siehe in: Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/1/(Akten-Nr.) und IV 2/2/(Akten-Nr.) Im folgenden wird die Signatur ab IV mit Akten-Nr. und Bl. angegeben.
3 Zum Gesamtthema des Umgangs der SED-Führung mit der SPD-West siehe Ulla Plener: Die SED-Führung 1946-1953: Vom Einheitsapostel zum kalten Krieger in der Arbeiterbewegung. Chronik und Dokumente ihres Umgangs mit der SPD nach Tagungsprotokollen ihrer Spitzengremien, Rostock 2004; dies.: „Sozialdemokratismus“ - Instrument der SED-Führung im kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953), in: Utopie kreativ, Berlin, H. 161 (März 2004).

Kampf um die sozialdemokratischen Mitgliedermassen, die für die Politik der SED gewonnen werden sollten, und den „prinzipiellen Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer". Inhaltlich stand jetzt die (an der sowjetischen orientierte) Deutschlandpolitik im Mittelpunkt.

Wie schon in der Zeit davor stützte sich dieses Anliegen auf die eingeschliffenen Dogmen des Stalinschen Marxismus-Leninismus, darunter den Mythos von „der Arbeiterklasse" („den Massen", auch: „sozialdemokratischen Massen/Mitgliedern") als angeblich in ihrer Mehrheit stets fortschrittlich, antikapitalistisch, auf ihre und der Nation Einheit ausgerichtet usw. Und wie zuvor lagen den Bemühungen um „die Arbeiterklasse" und „die sozialdemokratischen Mitglieder" Wunschvorstellungen sowie die Überzeugung zugrunde, die eigene Politik sei die einzig richtige und deshalb unbedingt durchsetzbar. Hier ordneten sich auch die Bemühungen um den „linken Flügel" bzw. die „linke Opposition" in der SPD ein. Diese Linie war in dem für die KPD im Juli/August entworfenen und im September 1948 vom Parteivorstand der SED angenommenen grundlegenden Dokument gezeichnet.[4] Bezogen auf die SPD hieß es u. a., die Aufgabe der KPD sei es, den ehrlichen Sozialisten zu helfen, alle oppositionellen Kräfte in der SPD auf dem Boden des Marxismus zu vereinen.

Dazu empfingen die SED-Führer am 18. Dezember 1948 während ihres Besuchs in Moskau - wie schon Ende Januar 1947[5] - richtungweisende Hinweise ihres Lehrmeisters Stalin. Neben der Empfehlung, die offiziellen organisatorischen Bande der

---

4 Dieser Aufgabenstellung folgte im III. Abschnitt eine Beschreibung der „Klassenkräfte und Parteien in Westdeutschland", darunter der SPD. Zur KPD hieß es, sie sei die einzige marxistische Partei in Westdeutschland und deshalb könne dort die (organisatorische) Einheit der Arbeiterbewegung nur auf dem Boden ihrer Grundsätze und Ziele (die die Grundsätze und Ziele der SED waren) hergestellt werden. Zu jener Zeit agierte die KPD in Westdeutschland nach eigenem und der SED Verständnis als ein Teil der SED. Siehe in: IV 2/1/052. Das Dokument wurde später gedruckt als „Erklärung des PV der KPD zur politischen Lage", in: KPD 1945-1968. Dokumente, Bd. 1: 1945-1952, Neuss 1989, S.209-252; siehe auch IV 2/1/40, Anlage 2 zum Protokoll vom 22.8.49. Die „Analyse" kam einem Programmdokument nahe: Im I. Abschnitt ging es um den mit der faktischen Gründung des Weststaates begonnenen neuen Abschnitt in der deutschen Nachkriegsentwicklung, im II. um die gegensätzliche Politik der Alliierten und ihre Ergebnisse - die Restauration der Macht der deutschen kapitalistischen Kräfte im Westen, wo eine demokratische Entwicklung verhindert worden sei, was der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften vorschreibe, „den Weg des Kampfes um eine demokratische Neuordnung zu gehen"; dieser Kampf werde „zur entscheidenden Bedingung für ein einiges demokratisches Deutschland"; die Neuordnung könne „nur durch den revolutionären Massenkampf errungen werden".

5 Damals ging es um die gegen den Schumacher-Kurs von links opponierenden Sozialdemokraten, „Freunde der sozialistischen Einheit" in den Westzonen, mit denen zusammen die SED dort gegründet werden sollte. Das wurde von Stalin beim Treffen von Vertretern der SED-Führung am 31. Januar 1947 „empfohlen", als er u. a. die Frage aufgeworfen hatte, ob es „bedeutende linke Führer in den sozialdemokratischen Parteien der Westzonen" gebe und ob man „in den Westzonen die Bildung einer linken Sozialdemokratischen Partei fördern" solle - oder ließe Schumacher „diese Linke nicht leben"? Siehe dazu Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov: Stalin und die SBZ: Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar-7. Februar 1947, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, H. 2, S. 279-303; Wladimir K. Wolkow: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2000, H. 1, S. 20-49.

SED zur KPD zu lösen[6], meinte dieser, die Kommunisten führten ihren Kampf in den Westzonen „zu offen", „viel zu direkt", sie müßten „sich maskieren", und er fragte, „ob man es nicht so machen kann, daß einige gute Kommunisten im Westen in die SPD gehen, sich vom Kommunismus lossagen und dann von innen heraus die SPD zu zersetzen beginnen". Stalin unterstrich, „daß wir es mit Feinden zu tun haben, wo eine derartige List zulässig ist. In Kriegszeiten wird sie angewendet. Und ihr befindet euch in einem echten Krieg."[7]

Nach den Protokollaufzeichnungen der Politbürotagung vom 19./20. August 1949 fanden im Kreis der SED-Führungsspitze schon Ende Dezember 1948/Anfang Januar 1949 den Stalinschen Vorgaben entsprechende Gespräche statt. In einem „engen Kreis" wurde über „die Frage des linken Flügels" in der SPD bzw. „die Notwendigkeit der Entwicklung einer Opposition in der SPD" diskutiert, und dabei „sogar die Frage einer USP" gestellt.[8] Im Verlauf der Tagungen des PB und des PV der SED vom 20. bis 24. August 1949, die sich mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen in der BRD vom 14. August 1949 befaßt hatten, kam das Problem der linken Opposition in der SPD bzw. einer linken („zentristischen") Partei relativ ausführlich zur Sprache. Im PB führte Ulbricht dazu aus: „Schon im Dezember stellten wir als Direktive(!) und nicht als private Meinung die Frage der Opposition in der SPD und (der) Schaffung der USP. Davon weiß allerdings nur ein engerer Kreis." Und: „Im Januar stellten wir die Notwendigkeit der Entwicklung einer Opposition in der SPD, selbst unter der Bedingung, daß wir diese nicht vollständig unter unseren Einfluß bringen. Wir stellten sogar die Frage einer USP, falls das unvermeidlich sein sollte." Auch Ackermann erinnerte sich in der Diskussion „sehr genau, daß gesagt wurde, die zentrale Frage sei, auf lange Sicht hartnäckig an die Organisation einer SPD-Opposition heranzugehen".[9] Tatsache sei aber, so Ulbricht weiter, daß in Hamburg, Schleswig-Holstein und im Ruhrgebiet „mit den sozialdemokratischen Freunden nicht gearbeitet" werde. „Die Frage des linken Flügels" setze „eine richtige Orientierung" voraus, da aber „die Notwendigkeit des differenzierten Kampfes gegen die CDU und (die) SPD nicht richtig gesehen" wurde, sei die Partei ideologisch nicht weitergekommen.[10] Für den linken Flügel gäbe es in der SPD Kräfte, aber „wir waren bisher nicht imstande, auf sie einen ständigen Einfluß auszuüben". Dabei hänge alles von der Gewinnung der

6 Seit Februar 1947 waren beide Parteien offiziell in der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD verbunden mit dem Ziel, eine gesamtdeutsche SED zu schaffen. Seit März 1948 war sie praktisch nicht mehr aktiv.

7 Stalin weiter: „Wie die Erfahrung zeigt, sind solche Finten notwendig. Nicht immer ist es vorteilhaft, nackt in den Krieg zu ziehen. Tapferkeit ist eine gute Sache. Doch im Krieg führt Tapferkeit allein nicht zu guten Ergebnissen." Zit. nach Wolkow, Die deutsche Frage, S.35. Am 3. Januar 1949 erklärte daraufhin die KPD die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD und den Austritt ihrer Vertreter aus dem Parteivorstand der SED.

8 So Walter Ulbricht auf der Sitzung des PB am 19./20. August 1949. Siehe IV 2/2/39, Bl. 18-20.

9 Ebenda, Bl. 27.

10 Ebenda, Bl. 19. Gemeint war die Richtung des „Hauptschlages", die die Partei einschlagen sollte, - gegen die CDU und den US-Imperialismus oder gegen die SPD-Führung. Ulbricht plädierte für das Erstere, was von PB und ZK so angenommen und, wenn auch inkonsequent, zu Beginn der 50er Jahre verfochten wurde.

sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter ab. - „Unsere sozialdemokratischen Verbindungen“ sollten besser gepflegt werden; man sollte mit Arp[11] und den anderen arbeiten, aber keine zu hohen Anforderungen an sie stellen. - „Sie haben eine USP-Konzeption. Davon werden wir sie nicht sofort abbringen. Wir sind nicht dagegen, wenn sie eine USP gründen, aber diese darf um keinen Preis unter trotzkistischen Einfluß kommen.“[12] Die Perspektive müsse sein, „später mit ihnen eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, anders werden wir mit den Sozialdemokraten nicht fertig“. Den Kampf gegen Schumacher müßten sie selbst führen. Die SED (bzw. KPD) müsse ihnen „die Chance geben, daß sie nicht allzusehr mit uns in Erscheinung treten“. - „Wir werden die Frage der USP nicht bei den SPD-Genossen von uns aus stellen, aber wir müssen Klarheit darüber bei uns haben.“[13]

In die Diskussion um eine „USP“ griff auch der hier anwesende „Genosse T.“ - so in der Protokollniederschrift - ein: „Die Frage der Entwicklung eines oppositionellen Flügels in der SPD müsse klar gestellt werden. Jetzt, nach der westdeutschen Regierungsbildung und der Rekonstruktion des westdeutschen Staates, werde die Kluft zwischen den Führern und den Massen der SPD mehr in Erscheinung treten. Das schaffe die Voraussetzung für die Bildung eines linken Flügels, und es sei durchaus möglich, daß es zur Bildung einer USPD kommen könne. Das müsse man unterstützen, weil daraus große Möglichkeiten erwachsen können.“[14]

Schließlich äußerte sich zu dieser Frage noch Karl Schirdewan von der Westkommission beim PB der SED: Die Versuche der KPD, die sektiererische Haltung zu sozialdemokratischen Anhängern aufzugeben, seien nicht fortgesetzt worden, und er erinnerte in diesem Zusammenhang „an die seit Jahr und Tag fehlende Politik und klare Linie bezüglich der Schaffung des Zentrums der oppositionellen Sozialdemokraten“. Man habe „mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Arp neuerdings einige

---

11 Erich Arp war oppositioneller Sozialdemokrat, Verfechter einer demokratischen Bodenreform, 1946 Minister für Aufbau und Arbeit in der von den Engländern eingesetzten Regierung, 1947 Minister für Landwirtschaft in der nach den Landtagswahlen vom April 1947 gebildeten SPD-Regierung von Schleswig-Holstein, aus der er im Dezember 1947 aus politischen Gründen ausschied. 1948 vom Bezirk Schleswig-Holstein der SPD zum Düsseldorfer Parteitag delegiert, wandte er sich in der Diskussion gegen die „allzuoft nur noch empirisch-opportunistische Politik“ der SPD, die „durch einen selbständig handelnden Parteiapparat einerseits und durch den Ministerialismus andererseits“, u. a. im bizonalen Wirtschaftsrat und im Länderrat, betrieben werde. Anfang 1949 wurde er wegen seiner Kontakte zur SED/SBZ aus der SPD ausgeschlossen. Er habe, so in einem Brief vom 26.6.1949, wie andere auch „objektiv die Verhältnisse in der Ostzone angesehen..., deren wahrheitsgemäße Darstellung mir vom Parteiapparat der SPD bei meinem Ausschluß besonders vorgeworfen wurde“. (SAPMO-BArch DY 30, IV 2/10.02/105, Bl. 44) Danach war er zeitweilig Sprecher der oppositionellen Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein.

12 Das befürchtete Ulbricht, wobei er von „trotzkistischen Banditen“ sprach. Dazu Paul Merker in der Diskussion: Bei der Frage nach „einer anderen sozialdemokratischen Partei oder der USPD“ sollte man sich „nicht aus Furcht vor Trotzkisten daran hindern lassen, wenn dafür bestimmte Voraussetzungen gegeben“ seien. IV 2/2/39, Bl. 24.

13 Ebenda, Bl. 20f.

14 Ebenda, Bl. 32. Es handelte sich ganz sicher um S. Tjul`panow von der SMAD.

Besprechungen durchgeführt“ und das Projekt der Herausgabe einer Zeitschrift beraten. Es räche sich in der fehlenden Orientierung der Partei auf die sozialdemokratischen Anhänger, „daß der PV die Frage oppositioneller sozialdemokratischer Gruppen apparatmäßig, nachrichtenmäßig und nicht operativ politisch“ behandele. Es gebe von seiten der Partei noch keine Diskussion mit sozialdemokratischen Anhängern über den „nationalen Kampf und die Rolle der Arbeiterklasse. Wir haben nicht verstanden, uns mit den sozialdemokratischen Anhängern über das Wahlprogramm der SPD auseinanderzusetzen“, weder in der Presse, noch in Versammlungen, und das hänge „mit unserer eigenen Unklarheit zusammen“.[15] Es werde notwendig sein „zu klären, welche Ziele wir bezüglich der Opposition in der Sozialdemokratie verfolgen“. Ohne Zweifel werde „die Opposition in der Sozialdemokratie nicht geringer werden“, sie werde sich „angesichts des Wahlergebnisses“ noch verbreitern, und es komme darauf an, „daß wir die Bildung eines Zentrums der Opposition unterstützen“. Man könne dem Prozeß nicht vorgreifen, ihn nicht künstlich hervorrufen. „Andererseits muß man sehen, daß jede Förderung einer bewußten Opposition in der Sozialdemokratie, von der gegenwärtigen Situation ausgehend, sich entwickeln kann zu einer späteren Spaltung der Sozialdemokratie.“ Es sei mit Arp verhandelt und er zunächst angeregt worden, „eine Broschüre zu schreiben, in der er vom Standpunkt der oppositionellen Sozialdemokraten aus eine fundamentale Kritik an der SPD-Führung formuliert“. Die Basis mit Arp sei „zu schmal... für ein zentristisches parteiähnliches Gebilde“, aber es gebe in Westdeutschland „noch weitere Sozialdemokraten, die für dieses Projekt ernsthaft gewonnen werden“ könnten. „Die KPD und wir tragen für die Bildung eines solchen Zentrums die Verantwortung, daß es sich nicht gegen die Einheit der Arbeiterklasse richtet und ein Instrument in den Händen der Imperialisten wird.“[16] Auf der PV-Tagung forderte Schirdewan dazu auf, „persönliche Verbindungen zu den sozialdemokratischen Genossen in Westdeutschland“ aufzunehmen und „das Sektierertum in der KPD zu überwinden“, was „auch eine kameradschaftliche Hilfe für die Förderung einer bewußten Opposition in der SPD sein und die Schaffung eines Zentrums der Opposition in der SPD und seine weitere Entwicklung erleichtern“ werde.[17]

Schirdewans „weitere Sozialdemokraten“, die „ernsthaft gewonnen werden“ könnten, waren keine Erfindung - es gab sie wirklich, und einer von ihnen, Herausgeber eines Intformationsdienstes, führte im August/September 1949 Gespräche mit Schirdewan und Dahlem.[18] Am 16. Oktober 1949 wurde in Frankfurt/Main von ca. 30 aus der SPD wegen Ablehnung des Parteikurses ausgeschlossenen Sozialdemokraten die „Sozialdemokratische Aktion“ (SDA) gegründet. Zu der Veranstaltung war als Gast Karl Schirdewan angereist. Nach der hier angenommenen „Frankfurter Erklärung“

15 Ebenda, Bl. 53.

16 Ebenda, Bl. 55.

17 IV 2/1/69, Bl. 148.

18 Siehe dazu Norbert Podewin/Lutz Heuer: Rote „Blockflöten“. SDA - Die ungeliebten Oppositionellen Sozialdemokraten Berlins (1948-1961), Berlin 2000, S.27 und 36.

wollten die Veranstalter keine neue Partei bilden, sondern eine „freie Arbeitsgemeinschaft sein, auf die sich immer mehr Sozialdemokraten orientieren oder in der sie sich für ihre politische Wirksamkeit in der Partei und Gewerkschaft Rat und Hilfe holen“. Sie wollten „sich darum bemühen, den Weg zum Sozialismus in der SPD wiederzufinden“, und forderten die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie mit freier Diskussion, die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Sozialdemokraten. Die „kämpferischen Sozialisten“, darunter die KPD, sollten nicht diffamiert werden. Ihre Auffassungen wollte die SDA in aller Öffentlichkeit vertreten - man habe nicht die Absicht, so wurde in der anschließenden Pressekonferenz erklärt, „die SPD unterirdisch zu zersetzen“, sondern werde in der Partei offen für die eigenen politischen Auffassungen wirken. Zur SED in der Ostzone sollte ein kameradschaftliches Verhältnis gepflegt werden. Hinsichtlich der politischen Fragen (Oder-Neiße-Grenze, Marshallplan, positive Sicht auf die DDR, Aktionseinheit u. a.) bestand weitgehende Übereinstimmung mit der SED.[19] Fred Loewenberg, aktiver Teilnehmer und Organisator der SDA in München/Bayern, betont, daß die Gründung der SDA in der Bundesrepublik von den linken oppositionellen Sozialdemokraten ausgegangen war, denen es um die SPD, nicht gegen sie ging. Das Schicksal der SDA sei von Tragik (bzw. „Doppelbödigkeit“) gezeichnet gewesen: Es habe in der SPD damals ein gewichtiges Potenzial für die Erneuerung der Partei „im Sinne August Bebels“, die die SDA angestrebt habe, gegeben; jedoch mischte sich die SED störend ein, indem sie (wie Stalin es für die SPD empfohlen hatte?) in die SDA „verkappte Kommunisten einpflanzte“, was schließlich von Verfassungsschutz und Justiz für ihr Verbot genutzt wurde.[20]

Die Protokollniederschriften des PB und des ZK der Jahre 1950-1953 lassen nachvollziehen, was und wie die SED-Führung in Sachen „sozialdemokratische Opposition“ - nicht nur, aber auch gegenüber der SDA - unternahm.

So legte die Westkommission Ende April 1950 eine vertrauliche Information „Zur Lage in Westdeutschland und zu einigen aktuellen Aufgaben der Partei“ vor. Darin war unter „IV. Zur Auseinandersetzung mit der SPD und der Entwicklung einer Opposition innerhalb der SPD“ zu lesen: „Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Parteitages der SPD Ende Mai (1950) muß die KPD eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den ideologischen Positionen und mit der ganzen aktuellen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer vornehmen. Die Arbeit der ‚Sozialdemokratischen Aktion’ ist wirkungsvoller und konkreter als bisher zu unterstützen und Kurs auf die Ausnutzung der Unzufriedenheit in breiten Teilen der SPD-Mitgliedschaft zu nehmen, mit der Linie der Organisierung einer Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Organisatio-

19 Siehe Zur Bildung der „Sozialdemokratischen Aktion“, in: Einheit. Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin, 1950, H. 1, S.75-77, gez. Ewald Martin. Michael Lemke betrachtet die SDA als reine SED-Angelegenheit (Siehe Lemke, Einheit, S.152-154.) Norbert Podewin sieht das anders. (Siehe Podewin/Heuer, Rote „Blockflöten“, S.28. Die folgenden Auskünfte über die SDA in der BRD nach dieser Schrift, S.27-39.).

20 Gespräch der Autorin mit Fred Loewenberg, Berlin, am 24.11.2003.

nen."[21]

Konkrete Ergebnisse erbrachte diese „Linie" nicht. Dessen ungeachtet schrieb Bruno Haid, Mitarbeiter der Westkommission, ein Vierteljahr später in der „Einheit" über den Hamburger Parteitag der SPD: Trotz aller Schikanen der SPD-Führung gegenüber kritischen Sozialdemokraten erstarkten „auch in Westdeutschland jene oppositionellen Gruppen in der SPD, die sich gegen den Verrat der rechten Führer wenden und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herbeisehnen. Die parallel zum Hamburger Parteitag abgehaltene Tagung dieser unter der Führung der Sozialdemokratischen Aktion stehenden Gruppen ist ein deutlicher Ausdruck für die Opposition der aufrechten und ehrlichen Arbeiter in der deutschen Sozialdemokratie."[22] Otto Buchwitz berichtete in einem Aufsatz über eine Versammlung der SDA in Düsseldorf im Rahmen des Landtags-Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen, an der er teilgenommen hatte: „Das sind jene ehrlichen Sozialdemokraten, welche die Politik Dr. Schumachers kritisierten und infolgedessen aus der SPD ausgeschlossen wurden... Die SPD-Führung hatte ein Rollkommando in die Versammlung gesandt, das sich so betrug wie 1932 die Nazis in den Versammlungen der SPD. Sie mußten erst durch den Lokalinhaber aus dem Saal verwiesen werden, damit die Versammlung zu Ende geführt werden konnte."[23]

Am 12. September 1950 wurde im PB u. a. festgelegt: „2) ... nach sorgfältiger Vorbereitung und Überprüfung sollen Gruppen opppositioneller Sozialdemokraten aus einzelnen Gebieten zu Aussprachen und evtl. Studienfahrten in die DDR eingeladen werden. 3) Die Politik der Sozialdemokratischen Aktion und der Inhalt ihrer Presse ist vollständig auf die Arbeit unter den Mitgliedern in der Sozialdemokratie auszurichten."[24] Am 19. September 1950 ging es im Rahmen eines Maßnahmeplanes für die „Herstellung der Aktionseinheit in Westdeutschland" u. a. um einen „Überblick über die im Maßstab ganz Westdeutschlands vorhandenen einsatzfähigen Reserven, die bei der anschließenden Konzentrierung der Arbeit auf bestimmte Teile NRWs und Ham-

21 SAPMO-BArch, NY 4090/300, Bl. 251.

22 Bruno Haid: Der Hamburger Parteitag der SPD, in: Einheit, 1950, H. 7, S.583.

23 Neues Deutschland, 27.6.1950. In den dreieinhalb Jahren ihrer Existenz (Oktober 1949- Februar 1953) in der Bundesrepublik war die SDA durchaus nicht unwirksam, wenngleich sie, außer in Bayern, wegen geringer Mitgliederzahl keinen flächendeckenden Aufbau erreichen konnte. Zu den größten Aktionen gehörten u. a. die „Heddersheimer Tagung" am 22. April 1951, als etwa 1000 Teilnehmer in dem Frankfurter Ortsteil einen Aufruf gegen die Remilitarisierung und für Volksbefragung darüber verabschiedet hatten, und die Zentrale Tagung der SDA in Groß-Zimmern am 15./16. Dezember 1951, in der es gegen den Generalvertrag der BRD-Regierung mit den Westmächten und um einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland ging. 1952 warb die SDA im Rahmen der „Ohne-uns"-Bewegung für ein bedingungsloses Nein zur Wiederaufrüstung der BRD. Im Juli und September d. J. wurden auf Tagungen in Mannheim bzw. in Ludwigshafen, an denen ca. 100 Sozialdemokraten (nicht nur von der SDA) teilgenommen hatten, im Vorfeld des Dortmunder Parteitags der SPD (September 1952) alternative Forderungen zum vorgesehenen Aktionsprogramm der SPD formuliert. Alle größeren Versammlungen der SDA wurden polizeilich aufgelöst (so auch die genannten) oder von SPD-„Rollkommandos" gestört, wie Buchwitz berichtete. (Eine ausführliche Geschichte des restriktiven Umgangs der SPD-Führung mit ihren oppositionellen Mitgliedern steht bis heute noch aus).

24 IV 2/2/108, Bl. 76.

burgs (bzw. Betriebe) herangezogen werden können (Oppositionelle SPD, linke Elemente innerhalb der SPD usw.)".[25] Am 31. Oktober 1950 folgte noch ein vom PB beschlossener Maßnahmeplan für den Kampf um die Aktionseinheit mit Sozialdemokraten, in dem zwei Punkte die SDA betrafen: „7) Die ‚Sozialdemokratische Aktion' ist bei ihrem organisatorischen Aufbau in allen Ländern, Kreisen und Städten zu unterstützen. Es ist dabei zu sichern, daß ihre Leitungen sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die innerhalb der SPD als Funktionäre tätig sind. Die Zeitung ‚Sozialdemokratische Aktion' soll zu einem operativen Organ für die Herstellung der Einheitsfront und die Aktionseinheit umgewandelt werden. 8) Mit der Leitung der SDA ist ein konkreter Arbeitsplan für die Durchführung ihrer nächsten politischen Aufgaben und den planmmäßigen Aufbau der Organisation zu vereinbaren. Die spezielle Schulung der leitenden Funktionäre der SDA in 14tägigen Kursen in der DDR ist weiterzuführen, um in allen Ländern einen qualifizierten Funktionärsstab zu erzielen."[26]

Die im Herbst 1950 hochgesteckten Erwartungen hinsichtlich der oppositionellen Entwicklung in der SPD erfüllten sich wieder nicht. Das SED-Politbüro blieb jedoch auch in den folgenden zwei Jahren bei seiner vom Wunschdenken geprägten „Linie" und setzte weiterhin auf die SDA. So empfahl es nach der Veröffentlichung des „Offenen Briefes" des ZK an westdeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten vom 1. September 1951, „daß von der Leitung der Sozialdemokratischen Aktion und ihrer Zeitung zum Brief Stellung genommen wird und die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Mitgliedern Unterstützung erfährt".[27] Im Anschluß an die 7. ZK-Tagung beriet das PB am 23. Oktober 1951 über die „Weiterführung der Bewegung für die Einheit Deutschlands und den Frieden" und legte im Beschlußprotokoll u. a. fest: „Führende Persönlichkeiten und Funktionäre der SPD sind bei der Herausbildung eines starken Oppositionskerns zu unterstützen. Dabei ist eine solche Linie zu entwickeln, die es Schumacher und der rechten SPD-Führung nicht erlaubt, die sich entwickelnden Oppositionskräfte von den sozialdemokratischen Massen zu isolieren."[28]

Aus Instrukteurberichten wurden Mitte Mai 1952 optimistische Schlußfolgerungen in bezug auf die Lage in der SPD abgeleitet: Es seien in ihr antisowjetische Stimmungen und feindselige Haltungen gegenüber Kommunisten zurückgegangen; in den Landesorganisationen werde „immer kategorischer... der entschlossene Kampf gegen die Adenauer-Regierung gefordert"; die Opposition in ihr wachse „in verhältnismäßig schnellem Maße", es gebe in ihr „zahlreiche Strömungen der Opposition" - aber „noch nicht eine klare, zielbewußte Opposition, die alle, auch die raffiniertesten Manöver der rechten Führer durchschaut (und) sich einheitlich über alle Länder erstreckt"; doch seien „in den letzten Monaten Vorgänge in Erscheinung" getreten, die vermuten ließen,

25 IV 2/2/109, Bl. 36.
26 IV 2/2/116, Bl. 23.
27 IV 2/2/163, Bl. 32.
28 IV 2/2/172, Bl. 17.

„daß Kräfte innerhalb der Landesorganisationen der SPD am Werk sind, deren Einfluß größer wird und die den Versuch unternehmen, die Opposition zu organisieren“.[29] Nach der Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrages durch Adenauer Ende Mai 1952 wurde im PB wieder an Maßnahmen gegenüber der SPD gedacht. Im Protokoll seiner Sitzung vom 10. Juni 1952 wurde u. a. festgelegt: Auf einer Pressekonferenz solle „die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung zur Frage des Generalvertrages“ erörtert werden, und dabei sollte versucht werden, „daß der Sprecher der Pressekonferenz ein sozialdemokratischer Funktionär ist“; eine „Erklärung führender Sozialdemokraten“ sollte organisiert werden; es sei außerdem notwendig, „einen neuen Plan auszuarbeiten über die Arbeit mit sozialdemokratischen Funktionären, um die Aktionseinheit auf einer breiten Basis zustandezubringen“.[30]

Auch 1953 änderte die SED-Spitze diese ihre Politik nicht, obwohl sie nun nicht mehr auf die SDA setzen konnte. Hatte diese schon seit ihrer Gründung sehr schnell die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes und der Justiz auf sich gezogen (im Oktober 1951 mußte sie - auf Veranlassung des SPD-Parteivorstands - per Gerichtsentscheid ihren Namen in „Sozialistische Aktion“ ändern, blieb aber bei der Abkürzung SDA), so wurde am 8. Februar 1953 eine von ihr einberufene Veranstaltung von der Polizei gewaltsam beendet. Mehrere ihrer Aktivisten wurden verhaftet, die anderen ca. 60 Teilnehmer der Polizei zugeführt, von ihr vernommen usw., die SDA-Büros in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein durchsucht. „Das Kapitel ‚Sozialdemokratische Aktion’ war damit... für die Bundesrepublik Deutschland (Berlin ausgenommen - U. Pl.) geschlossen.“[31] Die SED-Führung blieb trotzdem bei der Hoffnung auf eine wirksame Opposition in der SPD, so in der PB-Sitzung am 8. Dezember 1953, in der wieder einmal die Lage in der SPD debattiert wurde.[32]

Es waren nicht nur, wohl nicht einmal in erster Linie, die Gewaltmaßnahmen der westdeutschen Polizei und Justiz, auch nicht die Restriktionen der SPD-Führung gegenüber oppositionellen Sozialdemokraten, die die Träume der SED-Spitze von einer „organisierten Opposition“ in der SPD als Instrument für die Durchsetzung der eigenen Deutschlandpolitik im Westen Träume sein ließen. Ausschlaggebend war die - auch für oppositionelle Sozialdemokraten in und neben der SPD - teils wenig anziehende, teils direkt abstoßende, von der SED als „führender Kraft“ weitgehend geprägte Wirklichkeit in der SBZ/DDR, im besonderen die Demokratie-Defizite in ihr, darunter der Terror gegenüber Andersdenkenden, auch in der SED selbst, der sich nicht nur, aber vor allem - und gerade in den Jahren 1948-1953 - gegen frühere Sozialdemokraten gerichtet hatte.[33]

---

29 SAPMO-BArch, NY 4090/656, Bl. 84-86.

30 IV 2/2/215, Bl. 7.

31 Podewin/Heuer, Rote „Blockflöten“, S.36. 1956 fand - parallel zum KPD-Verbotsprozeß - der Prozeß gegen sechs leitende Funktionäre der SDA wegen Vorbereitung eines „bestimmten hochverräterischen Unternehmens“ statt, der mit z. T. mehrjährigen Haftstrafen endete.

32 Siehe IV 2/2/336, Bl. 8.

33 Siehe Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 4, Köln 1990 u. a..